

3063/J XXI.GP
Eingelangt am: 12.11.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Josef Cap, Peter Schieder, Mag. Ulli Sima
und Genossinnen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
betreffend den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie

In der Europäischen Union gibt es bereits eine Mehrheit von Staaten, die die Kernenergie nicht energetisch nutzen bzw. den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen oder angekündigt haben. Neben Österreich sind Griechenland, Irland, Dänemark, Portugal und Luxemburg nie in die Kernenergienutzung eingestiegen. Italien ist mittlerweile ebenfalls ausgestiegen. Deutschland, Belgien, Schweden und die Niederlande haben den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen bzw. angekündigt, keine weiteren Kernkraftwerke mehr zu bauen. Hinzuzufügen ist, dass sich die Atomindustrie in der letzten Phase ihres industriellen Zyklus befindet, in den letzten 8 Jahren wurden im EU-Raum - mit der Ausnahme Finnlands - keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut.

Seit dem 11. September dieses Jahres gibt es in der Öffentlichkeit eine neuerliche Debatte über die Sicherheit von Atomkraftwerken, die nach Aussagen von Experten nicht vor Terrorangriffen zu schützen sind. Vor diesem Hintergrund wäre es notwendig, in der Europäischen Union eine Initiative für einen Umdenkprozess in Richtung eines europaweiten Ausstiegs aus der Atomenergie einzuleiten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage:

1. Haben Sie seit dem 11. September dieses Jahres im Rahmen der Europäischen Union die Frage des europaweiten Ausstiegs aus der Atomenergie thematisiert? Wenn ja, bei welcher Gelegenheit und mit welchem Erfolg? Wenn nein, warum nicht?

2. In der Europäischen Union wird zur Zeit eine Debatte über die Zukunft Europas geführt. Haben Sie sich innerhalb der österreichischen Bundesregierung dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie als Teil dieser Zukunftsdebatte in der EU fordert? Wenn ja, mit welchem Erfolg? Wenn nein, warum nicht?
3. Werden Sie diesbezüglich noch Schritte setzen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
4. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union betreibt mittlerweile keine Atomenergie mehr bzw. hat den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Welche Schritte haben Sie gesetzt, um diese Staaten für eine gemeinsame Initiative betreffend den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie zu gewinnen? (Bitte die Antworten für alle betroffenen Länder - Italien, Portugal, Irland, Luxemburg, Dänemark, Griechenland, Deutschland, Schweden, Belgien und die Niederlande - einzeln anführen.)
5. Haben Sie eine gezielte Reisediplomatie gestartet, um dieses Anliegen mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu diskutieren?
6. Wird sich die österreichische Bundesregierung dafür einsetzen, dass in der Europäischen Union keine weiteren finanziellen Mittel für die Nuklearforschung bereitgestellt werden, um die Entwicklung neuer Kernfusionsreaktoren voranzutreiben? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
7. Haben Sie versucht, andere Mitgliedstaaten für diesen Schritt zu gewinnen? Wenn ja, in welcher Form und mit welchem Erfolg? Wenn nein, warum nicht?
8. Welche konkreten Schritte haben Sie im Hinblick auf Temelin gesetzt, um im Verlauf der Beitrittsverhandlungen, die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die österreichischen Bedenken hinsichtlich der Sicherheit dieses Kernkraftwerks zu informieren und um gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten ein Ausstiegsszenario für dieses besondere Risikokraftwerk zu entwickeln?